

**Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand,
Lebensqualität**
Kurzprotokoll
27. Sitzung

Berlin, den 28.01.2013, 13:15 Uhr
Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus
Sitzungssaal: E 700

Daniela Kolbe (Leipzig), MdB

- öffentlich -

TAGESORDNUNG:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	S.7
Tagesordnungspunkt 1	S.8
Beratung und Beschluss über den Berichtsbeitrag der Projektgruppe 2 hierzu: Kommissionsdrucksache 17(26)87	
Tagesordnungspunkt 2	S.30
Berichte aus den Projektgruppen	
Tagesordnungspunkt 3	S.31
Verschiedenes	



Sitzung der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität"
 Montag, 28. Januar 2013, 13:15 Uhr

Anwesenheitsliste

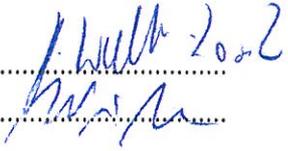
gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>CDU/CSU</u>		<u>CDU/CSU</u>	
Bilger, Steffen	Göppel, Josef
Heider Dr., Matthias	Klamt, Ewa
Middelberg Dr., Mathias	Klimke, Jürgen
Nüßlein Dr., Georg	Linnemann Dr., Carsten
Vogelsang, Stefanie	Murmann Dr., Philipp
Zimmer Dr., Matthias	Schön (St. Wendel), Nadine
<u>SPD</u>		<u>SPD</u>	
Arndt-Brauer, Ingrid	Groß, Michael
Bulmahn, Edelgard	Heil (Peine), Hubertus
Kolbe (Leipzig), Daniela	Kelber, Ulrich
Wolff (Wolmirstedt), Waltraud	Schaaf, Anton
<u>FDP</u>		<u>FDP</u>	
Bernschneider, Florian	Kauch, Michael
Meierhofer, Horst	Simmling, Werner
Skudelny, Judith	Vogel (Lüdenscheid), Johannes
<u>DIE LINKE.</u>		<u>DIE LINKE.</u>	
Leidig, Sabine	Birkwald, Matthias W.
Lötzer, Ulla	Bulling-Schröter, Eva

Sitzung der Enquete-Kommission " Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität "
Montag, 28. Januar 2013, 13:15 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>BÜ90/GR</u> Gambke Dr., Thomas Ott Dr., Hermann		<u>BÜ90/GR</u> Walter-Rosenheimer, Beate Wilms Dr., Valerie	

Montag, 28. Januar 2013, 13:15 Uhr

Deutscher Bundestag

Anwesenheitsliste

Sitzung der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität"

als sachverständige Mitglieder

Betzüge Prof. Dr., Marc Oliver



Bracht van, Georg

Brand Prof. Dr., Ulrich

Carstensen Prof. Dr., Kai

Habisch Prof. Dr., André

Hassel Prof. Dr., Anke

Hexel, Dietmar

Hölz Prof., Hanns Michael

Jänicke Prof. Dr., Martin

Jochimsen Prof. Dr., Beate

Miegel Prof. Dr., Meinhard

Müller, Michael

Paqué Prof. Dr., Karl-Heinz

Reuter Dr., Norbert

Schmidt Prof. Dr., Christoph

Schneidewind Prof. Dr., Uwe

Wagner Prof. Dr., Gert

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Montag, 28. Januar 2013, 13:15 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU

SPD

FDP

DIE LINKE.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

Christen

CHRISTEN

Linke

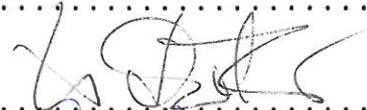
LINKE



Christen

Laura Dettmerer

Grüne



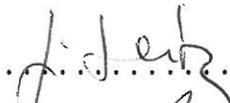
Mislina, Alexandra

CDU/CSU



Schäfer, Gisela

FDP



Podszus, Julia

FDP



Kühn

Linke



Matthias Elp

SPD

Matthias Elp

Fremming Jana

Linke



Schweigel

FDP



Beginn der Sitzung: 13.20 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) begrüßt die Teilnehmer an der heutigen Sitzung und weist darauf hin, dass die Sitzung öffentlich sei und live vom Parlamentsfernsehen übertragen werde. Außerdem gebe es nach der Sitzung die Möglichkeit, im Internetchat darüber zu diskutieren.

Anschließend stellt sie fest, dass der Vermerk zum Obleutegespräch vom 15. Januar 2013 an alle Kommissionsmitglieder versandt worden sei. Nachdem es hiergegen keinen Widerspruch gibt, könne entsprechend der dort getroffenen Vereinbarungen verfahren werden.

Tagesordnungspunkt 1

Beratung und Beschluss über den Berichtsbeitrag der Projektgruppe 2
hierzu: Kommissionsdrucksache 17(26)87

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) weist darauf hin, zur Beratung würden der Berichtsentwurf auf Kommissionsdrucksache 17(26)87 sowie die Stellungnahme der Fraktion DIE LINKE. auf Kommissionsdrucksache 17(26)88 und der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Kommissionsdrucksache 17(26)89 vorliegen.

Abg. Dr. Valerie Wilms (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragt nach dem geplanten Abstimmungsverfahren für die Beratung über den Berichtsbeitrag der Projektgruppe 3 und beantragt, über Kapitel 3 und 4 des Berichtes jeweils eine Einzelabstimmung durchzuführen.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) antwortet, dass eigentlich vorgesehen gewesen sei, den Bericht als Ganzes abzustimmen und nicht kapitelweise wie beim Berichtsbeitrag der Projektgruppe 1 in der letzten Kommissionssitzung. Sie folge aber gerne dem Wunsch der Abgeordneten Frau Dr. Wilms, vor der Gesamtabstimmung des Berichtes gesondert über Kapitel 3 und 4 abzustimmen. Anschließend erläutert sie, dass die Projektgruppe 2 heute nach etwa zweijähriger Beratung ihren Abschlussbericht auf Kommissionsdrucksache 17(26)87 vorlege. Sie bedankt sich zunächst bei allen Mitgliedern der Projektgruppe für die engagierte, zeitintensive und an Erkenntnisgewinn orientierte Arbeit, die dort geleistet worden sei. Als Mitglied dieser Projektgruppe stelle sie als besonders positiv aus dieser Arbeit heraus, dass alle Projektgruppen-Mitglieder hinter dem Vorschlag stünden, eine alternative Wohlmessung und einen Wohlstandsbegriff zu etablieren, der weit über das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts hinausgehe. Alle Mitglieder seien sich einig gewesen, dass es sich lohne zu überlegen, was aus einem politischen Blick zum Wohlstand gehöre und wie dies kommuniziert werden könne. In der konkreten Ausgestaltung habe es dabei sicher von Anfang an unterschiedliche Prämissen gegeben. An vielen Stellen sei dabei gekämpft und kontrovers argumentiert worden, was jedoch immer sehr fair abgelaufen sei und zu einem guten Kompromiss geführt habe. Mit dem Ergebnis sei sie sehr zufrieden und sie freue sich jetzt auf eine intensive Diskussion, die sicherlich auch noch einmal zum Ausdruck bringen werde, dass man die Qualität des gefundenen Kompromisses unterschiedlich bewerten könne.

Abg. Stefanie Vogelsang (CDU/CSU) stellt als Vorsitzende der Projektgruppe 2 den Abschlussbericht vor, die sich mit der Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstands- beziehungsweise Fortschrittsindikators befasst habe. Sie stellt die Mitglieder der Projektgruppe vor und bedankt sich auch bei den dauerhaften Gästen, Herrn Albert Braakmann vom Statistischen Bundesamt und Herrn Nils aus dem Moore vom Rheinisch-Westfälischem Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), für deren Expertise und intensive Mitarbeit. Wie die Vorsitzende Abg. Kolbe bereits ausgeführt habe, sei sich die Projektgruppe einig gewesen, dass ein alternatives Maß für die Messung von Wohlstand nötig sei. Das Wohlfahrtsverständnis sei jedoch sehr individuell. Dies gelte sowohl für die Mitglieder der Projektgruppe als auch für die Bevölkerung beziehungsweise weltweit. Das Wohlfahrtsverständnis hänge beispielsweise davon ab, aus welchem gesellschaftlichen Gefüge man komme, wie man gesamtgesellschaftlich denke, wie die eigenen Lebensumstände seien und in welchem Land man lebe. Eine einheitlich festgelegte Definition für den Wohlstandsbegriff gebe es nicht. Vor etwa einem Jahr habe die Projektgruppe der Kommission einen Zwischenbericht vorgelegt, zu dem es den einstimmigen Beschluss gegeben habe, dass die Projektgruppe einen Wohlstandsindikatorensatz erarbeiten solle, der nicht im Ergebnis zu einem einzigen, aggregierten Indikator führe. Dies war das Ergebnis der sehr intensiven Diskussionen, der vorgenommenen Materialsammlungen und Auseinandersetzungen mit wissenschaftlichen Expertisen im ersten Jahr. Bei jedem einzelnen Thema und jeder einzelnen Dimension habe sich die Projektgruppe an den Grundsatz gehalten: So viel wie nötig, aber so wenig wie nur eben möglich. Folgende Fragen hätten dabei immer wieder eine wichtige Rolle gespielt: Ist ein Indikator so wesentlich für den gesamtgesellschaftlichen Konsens, dass er in den Indikatorensatz aufgenommen werden sollte? Soll der Wohlstandsindikatorensatz lediglich ein einmal jährlich auftauchender Gradmesser sein, der aber keine Hinweise auf Gefahren oder mögliche problematische Entwicklungen gibt? Die letzte Frage wurde schließlich verneint, da es Auftrag der Projektgruppe gewesen sei, Bürgerinnen und Bürgern sowie Entscheidungsträgern in Parlament und Regierung eine Grundlage zu geben, solche Gefahren vorhersehen zu können. Die allermeisten Entscheidungen der Projektgruppe seien erfreulicherweise in großer Einmütigkeit und oft einstimmig getroffen worden. Im Abschlussbericht würden drei Dimensionen der Wohlstandsmessung vorgeschlagen: Dies seien der materielle Wohlstand, der Bereich Soziales und Teilhabe sowie die Ökologie. Dieser Wohlstandsindikatorensatz sei mit zehn

Leitindikatoren versehen, denen zur vertieften Betrachtung noch zehn Warnlampen beziehungsweise Hinweislampen zugeordnet worden seien. Die Projektgruppe hätte zuvor eine Befragung von Journalisten in Auftrag gegeben, was sie für am besten kommunizierbar beziehungsweise am sinnvollsten darzustellen halten würden. Die Journalisten seien zu dem Schluss gekommen, dass am besten eine Zahl kommunizierbar sei, die regelmäßig veröffentlicht würde. Wenn aber aus dieser einen Zahl nicht definitiv etwas abzulesen sei, dann würde ein begrenzter Satz bevorzugt, der auch Angaben und Aussagen über Wohlstand enthalte, bei denen Journalisten selbst Interpretationen vornehmen könnten. Diese Aussagen seien für die Projektgruppe sehr wichtig gewesen. Die drei vorgestellten Dimensionen seien jeweils eingeteilt in Einzelindikatoren. Im Bereich materieller Wohlstand solle selbstverständlich nicht auf das Bruttoinlandsprodukt verzichtet werden, aber zusätzlich sollten auch die Einkommensverteilung und die Staatsschulden betrachtet werden. Im Bereich Soziales und Teilhabe sei als wichtig angesehen worden, wie hoch der Grad der Beschäftigung sei, wie gebildet die Gesellschaft sei, in welcher gesundheitlichen Verfassung sie sich befinde und wie es um die Freiheit wie zum Beispiel die Pressefreiheit bestellt sei. Im Bereich der Ökologie habe man sich nach intensiven Diskussionen und unter Zuhilfenahme von Sachverstand aus der Projektgruppe 3 auf die jeweils nationalen Werte für Treibhausgase, Stickstoff und Artenvielfalt geeinigt. Man könne sicherlich für jede der einzelnen Säulen auch andere Punkte nehmen, die man als wichtig für den Wohlstand einer Gesellschaft ansehe. In der Abwägung sei die Projektgruppe aber mehrheitlich zu dem Schluss gekommen, dass die vorgeschlagenen Indikatoren jeweils die größten Vorteile und die wenigsten Nachteile bieten würden. Obwohl zu jedem einzelnen dieser Indikatoren auch kritische Anmerkungen möglich seien, bilde der Indikatorensatz insgesamt einen breiten Konsens für die Gesellschaft ab. Anschließend erläutert sie, in welcher Art und Weise die einzelnen Indikatoren gemessen würden. Beim Bruttoinlandsprodukt sei dies die Veränderungsrate pro Kopf sowie dahinter in Klammern der absolute Rang des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland im globalen Vergleich. Bei der Einkommensverteilung sei dies die 80/20-Relation und bei den Staatsschulden die Staatsschuldenquote sowie die Tragfähigkeitslücke. Bei der Beschäftigung habe man sich auf die Beschäftigungsquote geeinigt statt beispielsweise auf eine absolute Zahl der Arbeitslosen oder andere Alternativen. Für den Bereich Bildung sei die Abschlussquote im „Sekundarbereich 2“ ausgewählt worden. Aus den vielen Möglichkeiten

im Bereich der Gesundheit sei die Lebenserwartung als besonders aussagekräftig befunden worden. Sehr schwierig sei es für den Bereich Freiheit gewesen, wo es nach vielen Überlegungen eine Entscheidung für den „Voice & Accountability“-Indikator der Weltbank gegeben habe. Bei Treibhausgasen seien dies die nationalen Emissionen, beim Stickstoff der nationale Überschuss und bei der Artenvielfalt der nationale „Vogelindex“. Die jeweiligen Warnlampen sollten nur aufleuchten, wenn es eine Veränderung über definierte Grenzwerte hinaus gebe. Im Bereich materieller Wohlstand sei darüber hinaus die nicht-marktvermittelte Produktion, also die ehrenamtliche Arbeit, mit einer Hinweislampe aufgenommen. Die Idee dahinter sei gewesen, dass dafür noch bessere als jetzt zur Verfügung stehende Datenquellen nötig seien. Die Warnlampen beträfen die Netto-Investitionsquote, die Vermögensverteilung, die finanzielle Nachhaltigkeit des Privatsektors, die Unterbeschäftigungsquote, die Teilnehmerquote an Weiterbildung, die gesunden Lebensjahre sowie die globalen Treibhausgasemissionen, der globale Stickstoff-Überschuss und der globale „Vogelindex“. Bei den letzten drei Warnlampen würde ein Aufleuchten erwartet, das Handlungsbedarf aufzeigen werde. Von einem jährlichen Wohlstandsbericht mit diesen Indikatoren werde dann eine intensive Auseinandersetzung und Debatte der gesellschaftlichen Gruppen und der Regierung mit diesen Entwicklungen erwartet. Die Projektgruppe sei der Überzeugung, dass der Wohlstandsindikatorensatz nicht nur Teil des Abschlussberichtes werden, sondern für eine breite Öffentlichkeit dauerhaft abgebildet werden solle, idealerweise in beziehungsweise an Gebäuden des Deutschen Bundestages in Berlin wie etwa dem Paul-Löbe-Haus oder dem Reichstag. Dieses Ziel solle durch eine einheitliche grafische Darstellung und einen griffigen Namen erreicht werden, für dessen Erarbeitung ein externer Auftrag an Kommunikationswissenschaftler erteilt werden solle. Das Ergebnis würde dann zur Verabschiedung des Abschlussberichtes der Kommission am 15. April 2013 präsentiert werden. Sie glaube, dass zwar niemand in der Kommission sich dieses Wohlstandsmaß zu 100 Prozent zu eigen machen werde, aber dass damit dennoch ein breitestmöglicher politischer Konsens erzielt und die Breite der Gesellschaft am besten abgedeckt werden könne. Sie gehe davon aus, dass es allen Bürgerinnen und Bürgern zuzumuten sei, sich mit diesem sicherlich etwas komplizierteren Indikatorensatz auseinanderzusetzen, und dass jeder Bürger und jede Bürgerin für sich dabei eine andere Schwerpunktsetzung vornehmen werde. Abschließend bedankt sie sich bei allen, die in der Projektgruppe mitgewirkt haben, für deren Unterstützung.

SV Prof. Dr. Gert G. Wagner knüpft an die Ausführungen der Abg. Frau Vogelsang an und erklärt, dass er persönlich sowie die Projektgruppenmitglieder der SPD davon überzeugt seien, dass die vorgelegten Vorschläge zum Indikatorensatz und der „Governance“, das heißt, wie man damit umgehen solle, ein gutes und nachhaltiges Ergebnis seien. Anschließend dankt er den Kolleginnen und Kollegen in der Projektgruppe, dem Kommissionssekretariat sowie den beiden externen Sachverständigen, deren Beiträge sehr wichtig gewesen seien, für deren Arbeit. In der Projektgruppe habe es eine große Einigkeit über die drei Dimensionen materieller Wohlstand, Soziales und Teilhabe sowie Ökologische Nachhaltigkeit gegeben. Intensiv diskutiert worden sei aber darüber, wie viele Indikatoren zur Beschreibung dieser drei Dimensionen ausgewählt werden sollten. Die Mehrheit und auch er persönlich seien dabei der Meinung gewesen, es sollten Indikatoren sein, an die politisches Handeln konkret anknüpfen könne. Deshalb seien mehr als drei oder vier Indikatoren nötig, da eine zu große Verdichtung zu abstrakt sei. Andererseits sei aber auch zum Beispiel der „ökologische Fußabdruck“ zu vielschichtig und zu kompliziert gewesen. Wichtiger als die Indikatoren im Detail sei der politische Umgang damit, das heißt die sogenannte „Governance“. Deswegen gebe es im Bericht die Empfehlung, dass die Bundesregierung einmal pro Jahr mit einem konsistenten Bericht dazu Stellung nehmen solle. Mit der von der Abg. Frau Vogelsang angesprochenen geplanten Installation sowie mit einer Internetseite – möglicherweise in Verbindung mit einer Wanderausstellung – könne auch effektiv in die Öffentlichkeit hinein gewirkt werden. Dann müsse allerdings auch stärker auf die tatsächliche Aussagekraft und die begrenzte statistische Signifikanz von beispielsweise nur kleinen Änderungen hingewiesen werden, da es sowohl in der Politik wie in der Öffentlichkeit eine Tendenz gebe, dass kleinere Veränderungen überinterpretiert würden. Außerdem weist er darauf hin, dass nicht alle für diesen Indikatorensatz notwendigen Statistiken aktuell seien und in höchster vorstellbarer Qualität vorliegen würden. Die Projektgruppe empfehle deshalb, die amtliche Statistik auf punktuelle Verbesserungsmöglichkeiten und deren Finanzierung zu prüfen.

Abg. Florian Bernschneider (FDP) bedankt sich zunächst ebenfalls bei allen Projektgruppen-Mitgliedern und mitwirkenden Sachverständigen sowie beim Kommissionssekretariat für die wirklich konstruktive und gute Zusammenarbeit. Eine Erkenntnis der Arbeit der Projektgruppe sei von Anfang an gewesen, dass ein einzelner Wert nicht ausreichen würde, um

alle Facetten von Wohlstand abbilden zu können. Andernfalls hätte man sich der gleichen Kritik ausgesetzt, mit der sich das Bruttoinlandsprodukt konfrontiert sehe. Auch Verbundindikatoren, also eine Zusammenfassung der Werte in den einzelnen Säulen, seien keine Lösung gewesen, da diese eine politische Gewichtung bedeuteten hätten, die der individuellen Wertung der einzelnen Bürgerinnen und Bürger nicht gerecht geworden wäre. Die jetzt präsentierten zehn Werte und zusätzlichen Warnlampen würden sicherlich niemand überfordern. In der Arbeit der Projektgruppe sei dies immer wieder mit dem Armaturenbrett in einem Auto verglichen worden, bei dem es ähnlich viele Werte und Warnlampen gebe, was ebenfalls niemanden überfordern würde. Die Arbeit sei mit den gemachten Vorschlägen noch nicht zu Ende, da über die geplante Internetseite, eine Installation, die Vorschläge zur „Governance“ sowie die institutionelle Verankerung noch nicht entschieden sei. Er glaube, es gäbe auch eine große Einigkeit darüber, dass der eine oder andere Indikator sich in Zukunft noch verändern werde und vielleicht noch bessere Indikatoren zur Abbildung dessen, was sich die Projektgruppe gewünscht habe, gefunden würden. So sei möglicherweise der nationale „Vogelindex“ noch nicht der beste Indikator zur Messung der Artenvielfalt. Jedoch sei nach langer Diskussion auch bisher noch kein besserer Indikator dafür gefunden worden. Deshalb werde auch die Empfehlung gegeben, in einigen Bereichen wie zum Beispiel den nicht-marktvermittelten Gütern weiter zu forschen und die Diskussion fortzusetzen. Dies solle auch mit einem überfraktionellen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht werden. Er hoffe, dass der Kreis der Unterstützer dann größer werde, als er sich bei der kommenden Abstimmung über den vorgelegten Abschlussbericht abzeichne. Leider hätten sich von der allgemeinen Zustimmung über die Struktur im Zwischenbericht der Projektgruppe aus dem letzten Jahr einige verabschiedet. Da mit einer Unterstützung von möglichst vielen Fraktionen auch die Erfolgsaussichten der Umsetzung steigen würden, bittet er die Kollegen von den Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. um Prüfung, die entsprechenden Vorschläge im Bundestag dann zu unterstützen.

Abg. Matthias W. Birkwald (DIE LINKE.) dankt zuerst allen Kolleginnen und Kollegen sowie dem Sekretariat für die gute Zusammenarbeit. Zu den wichtigsten Aufgaben der Enquete-Kommission würden die Entwicklung eines Indikators oder eines kleinen Indikatorensetzes gehören, der ein ganzheitliches Verständnis von Wohlstand in Zahlen auszudrücken vermöge. Nach zwei Jahren Arbeit in der Projektgruppe liege das Ergebnis

nunmehr in dreifacher Gestalt vor. Als erstes gebe es den Vorschlag von zehn Leitindikatoren, neun Warnlampen und einer Hinweislampe, der aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. schon aufgrund der Menge der Indikatoren her untauglich sei. Deshalb hätte die Fraktion DIE LINKE. einen eigenen, also zweiten Vorschlag erarbeitet in Form eines „Trios der Lebensqualität“, das sich auf das Wesentliche konzentriere. Weiterhin gebe es als dritten Vorschlag den Wohlstandskompass der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der in eine ähnliche Richtung gehe. Diese drei Vorschläge würden am Ende der Diskussion zur Abstimmung stehen. Einen Satz von 20 Indikatoren sei zu kompliziert. Erfolgreiche Indikatoren seien einfacher strukturiert. Ein Beispiel dafür sei der Human Development-Index, der das Entwicklungsniveau eines Landes in einer Zahl zusammenfasse und deshalb zu einer viel zitierten Vergleichsgröße insbesondere für Entwicklungsländer geworden sei. Weit verzweigte Indikatorensätze würden dagegen regelmäßig scheitern, wie das Beispiel des Rates für nachhaltige Entwicklung zeigen würde. Überladene Indikatorensätze seien nicht breit kommunizierbar, was ja auch ein Ergebnis der bereits zitierten Befragung von Journalistinnen und Journalisten gewesen sei. Anschließend versucht er, die seiner Meinung nach schwierige mediale Darstellung in Form einer Meldung der Tagesschau zu verdeutlichen, bei der er alle Indikatoren und Warnlampen einzeln vorliest. Auch für das Fachpublikum und die Fachpolitiker sei dieser Indikatorensatz überflüssig, da für diese weiterhin die etablierten und tief gegliederten Berichtssysteme relevant seien. Deshalb sei es sinnlos, einen Indikatorensatz unter vollständiger Abbildung aller Politikbereiche gestalten zu wollen, so wie dies mehrheitlich in der Projektgruppe der Anspruch gewesen sei. Darüber hinaus würden auch einige der ausgewählten Leitindikatoren erhebliche Mängel aufweisen. So wäre die Ungleichheit in der Gesellschaft völlig verharmlost und das Verschuldungsproblem fälschlicherweise ohne jede Berücksichtigung weltweiter Banken Krisen der öffentlichen Hand angelastet. Außerdem sei es nicht hinnehmbar, dass Freiheit und Demokratie von anonymen Experten unter Ausschluss der Bevölkerung bewertet werden sollten. Der Vorschlag der Fraktion DIE LINKE. sei klarer strukturiert, besser begründet und gut geeignet für eine breite Wohlstandsdebatte. In diesem „Trio der Lebensqualität“ stünden die durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter für den materiellen Wohlstand, die enorme Spaltung bei den Vermögensatbeständen für die soziale und gesellschaftliche Teilhabe und der ökologische Fußabdruck für das zusammenfassende Maß für die Belastung der Biosphäre. Mit diesen drei Indikatoren kämen die Dimensionen zum

Ausdruck, die dringend der Korrektur und der Umkehr bedürften. Er bittet deshalb um Zustimmung zu diesen Vorschlägen, die hiermit als Änderungsantrag auf Kommissionsdrucksache 17(26)88 eingebracht würden.

Abg. Dr. Valerie Wilms (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) dankt zunächst insbesondere dem Kommissionssekretariat für die sehr gute Zuarbeit. Die Arbeit der Projektgruppe sei, wie bereits von einigen Vorrednern erläutert, in zwei Teilschritte einzuteilen. Im ersten Teil habe es eine sachbezogene Aufbereitung der verschiedenen bereits existierenden Modelle gegeben. Es treffe zu, dass es dabei auch eine große Einigkeit hinsichtlich der grundsätzlichen Dimensionen gegeben habe. In der Umsetzung sei dann leider ein unübersichtliches Sammelsurium von Indikatoren herausgekommen, das keine klare Richtung vorgeben würde. Damit sei der Auftrag der Projektgruppe nicht erfüllt, der bei der Erarbeitung eines Instrumentariums zur politischen Steuerung gelegen habe, das auch vernünftig öffentlichkeitswirksam kommuniziert werden könne. Ein Vorbild dafür hätte die bereits existierende nationale Nachhaltigkeitsstrategie sein können, bei der es regelmäßige Berichte und eine klare Richtung gebe. Wenn eine größere Tiefe bei den Indikatoren gewünscht worden sei, hätte dieses Nachhaltigkeitsindikatorenset zur Verfügung gestanden. Mit ihrem auf Kommissionsdrucksache 17(26)89 vorgelegten Änderungsantrag versuche die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Aufgabe zu erfüllen, durch einen sogenannten „Wohlstandskompass“ eine Richtung vorzugeben. Dabei würden vier einzelne Indikatoren vorgeschlagen. Die ökonomische Dimension solle mit dem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Kaufkraftstandards dargestellt werden. Die ökologische Dimension solle mit dem Natur- und Ressourcenverbrauch durch den ökologischen Fußabdruck im Verhältnis zur Biokapazität abgebildet werden. Dies sei auch ein international etablierter Indikator, der auf den ersten Blick zeige, wie weit über die eigentlichen Verhältnisse gelebt werde. Für die sozio-ökonomische Dimension solle die Einkommensverteilung in einer differenzierten 80/20-Relation betrachtet werden. Als gesellschaftliche Dimension solle die Lebenszufriedenheit durch eine subjektive Befragung innerhalb der Bevölkerung ermittelt werden. Sie persönlich hätte es auch begrüßt, wenn es eine Einigung auf einen vollständig aggregierten Index gegeben hätte. Eine solche alternative Kennziffer sei bereits in Form des nationalen Wohlfahrtsindex entwickelt.

SV Prof. Dr. Beate Jochimsen spricht für die CDU/CSU und bedankt sich als erstes ebenfalls bei den Projektgruppenmitgliedern und dem Sekretariat.

Die bisherigen Wortmeldungen hätten gezeigt, dass einer der großen Dissenspunkte in der Projektgruppe die Anzahl der Indikatoren gewesen sei und auch weiterhin sein werde. Sie ruft in Erinnerung, was die Projektgruppe bei der Auswahl der Indikatoren geleitet habe. Dies sei als erstes der Anspruch gewesen, dass Indikatoren über einen bestimmten Zeitraum verfügbar seien, da sie nur dann aussagekräftig wären. Außerdem sollten sie international vergleichbar sein. Anhand dieser beiden Kriterien sei leider bereits eine Menge von interessanten Indikatoren ausgeschieden. Da sowohl die aktuelle Wohlstandssituation als auch der Aspekt der Nachhaltigkeit berücksichtigt werden sollten, was nicht nur für die Ökologie, sondern auch den Bereich des materiellen Wohlstands gelten sollte, sei die Betrachtung der Staatsschulden oder der öffentlichen Finanzen mit hineingenommen worden. Im Gegensatz zu ihren beiden Vorrednern habe sie durchaus mehr Vertrauen in die intellektuellen Fähigkeiten der Journalistinnen und Journalisten sowie der Bürgerinnen und Bürger, mit dem vorgelegten Indikatorensatz umzugehen. Zum einen könne problemlos und einfach über die drei Dimensionen berichtet werden, zum anderen habe man gerade bewusst der Öffentlichkeit einen Spielraum lassen wollen, selbst zu entscheiden, welcher Bereich welches Gewicht einnehme für die Bewertung des Wohlstandes. In der Projektgruppe seien hierzu durch alle Fraktionen hinweg die Meinungen sehr unterschiedlich. Ihrer Meinung nach sei es ein Mehrwert, mehrere Indikatoren zu haben, so dass die Gewichtung und Auswahl jedem selbst möglich sei. Bei der geplanten Präsentation etwa im Internet solle diese Gewichtung auch individuell möglich sein. Die Mehrheit der Projektgruppe glaube, dass es für die geplante Stellungnahme der Bundesregierung wichtig sei, mehr als drei oder vier Indikatoren zu haben, damit ein konsistentes Bild über die Wohlfahrts- und Lebensqualitätsentwicklung in Deutschland abgebildet werden könne. Zu der Kritik des Abg. Birkwald, dass der Indikatorensatz beispielsweise zu kompliziert für eine Berichterstattung in der Tagesschau sei, gibt sie zu bedenken, dass das von ihm vorgestellte „Trio der Lebensqualität“ bei grober Betrachtung 28 zusätzliche Aspekte habe, die zusammen mit den drei Indikatoren weit über die von ihm kritisierte Komplexität hinausgehe.

SV Prof. Dr. Meinhard Miegel macht dem Sekretariat ein großes Kompliment, da er es die ganze Zeit über bewundert habe, wie es aus den heterogenen und zum Teil widersprüchlichen Aussagen und Positionen immer wieder einen lesbaren, verständlichen und in sich schlüssigen Text erstellt

habe. Die Projektgruppenvorsitzende Abg. Stefanie Vogelsang habe das Ergebnis der Arbeit sehr ausgewogen präsentiert. Ihre Schlussbemerkung sei gewesen, dass nun ein jährlicher Wohlstandsbericht erhofft werde, der die Breite der Gesellschaft abbilde. Dies sei jedoch nicht der Auftrag der Projektgruppe gewesen. Der Auftrag habe vielmehr darin bestanden, durch die Komplettierung und Modifizierung des Bruttoinlandsprodukts einen möglichst umfassenden, ergänzenden Wohlstandsindikator zu schaffen. Es herrsche zwar Einigkeit, dass dies nicht mit einem einzigen Indikator möglich sei. Er glaube aber, dass die eigentliche Aufgabe, also die Schaffung eines für den Alltagsgebrauch tauglichen Indikatorensatzes, nicht erfüllt worden. Dazu hätte etwas konstruiert werden müssen, was kongruent mit dem Bruttoinlandsprodukt sei. Dies träfe auf den jetzt vorgelegten Indikatorensatz aber nicht zu. Seine Prognose sei daher, dass künftig genau wie bisher einzig und alleine das Bruttoinlandsprodukt verwendet werde und damit alles bleibe wie es ist. Letztlich könne auch nur darauf gehofft werden, dass einmal pro Jahr ein Wohlstandsbericht verfasst werde.

Abg. Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) hebt die Übereinstimmung zwischen allen Fraktionen hervor, dass die bisherige Art der Wohlstandsmessung offensichtlich nicht ausreichend sei und die wirtschaftlichen Kriterien mit sozialen und ökologischen Indikatoren ergänzt werden müssten. Dies sei eine wichtige Botschaft, die über das Ende der Enquete-Kommission hinaus Bestand haben sollte. Außerdem müsste dafür gesorgt werden, dass es eine umfassende Berichterstattung nicht nur über den Zustand der Wirtschaft, sondern auch über den Zustand der Umwelt und der Gesellschaft gebe. Unterschiedliche Auffassungen gebe es dagegen über die Anzahl der Indikatoren. SV Prof. Miegel habe bereits darauf hingewiesen, dass laut dem Einsetzungsbeschluss der Kommission dem Bruttoinlandsprodukt etwas an die Seite gestellt werden sollte, um es zu relativieren und anderen Wohlstandsaspekten mehr Raum zu geben. Dafür sei eine Indikatorenvielfalt wie die jetzt vorgelegte aber eher schädlich. Nun seien die Bundesregierung und der nächste Bundestag in der Pflicht, in der sozialen und ökonomischen Dimension dem Bruttoinlandsprodukt etwas zur Seite zu stellen. Seiner Fraktion sei es wichtig, dass dazu auch der subjektive Indikator einer Befragung der Bevölkerung gehöre.

SV Prof. Dr. Marc Oliver Bettzüge unterstützt den von der Projektgruppe vorgelegten Indikatorensatz grundsätzlich. Er halte die Komplexität der

Zusammenhänge weltweit für so umfangreich, dass ein Versuch, ihnen mit einem oder drei bis vier Indikatoren gerecht zu werden, zum Scheitern verurteilt wäre. Er bedauere allerdings, dass in den bisherigen Beratungen das Themenfeld der Bilanzierung ausgeblendet worden sei, da es hier weltweit viele versprechende Ansätze gebe. Im Bereich der ökologischen Dimension finde er es sehr gut, dass die im Bericht der Projektgruppe 3 genannten Rockström-Grenzen explizit thematisiert und aufgenommen worden seien. Langfristig werde eine Überschreitung dieser Grenzen die Lebensqualität und Entfaltungsmöglichkeiten unserer Bevölkerung beeinflussen. Er halte es aber für einen systematischen Bruch, dass die Projektgruppe den nationalen Emissionen eine herausgehobene Rolle zuweise und die globalen Emissionen lediglich als Warnlampen hinzufüge. Sinnvoller wäre es, diese Zuweisung zu tauschen. Die Aussagekraft der nationalen Werte würde außerdem deutlich steigen, wenn sie um Importe und Exporte bereinigt würden, das heißt induzierte Emissionen berücksichtigen würden. Dafür gebe es leider noch nicht genügend belastbare Statistiken, deren Erstellung aber wünschenswert wäre und von der Politik eingefordert werden sollte. Grundsätzlich sei es bei nationalen Leitindikatoren wichtig, die Wechselwirkungen der globalen Ebene zu berücksichtigen. Er erinnere in diesem Zusammenhang an den Bericht der Projektgruppe 3, bei dem als wesentliche Faktoren die globale Allmende, der Rebound-Effekt und das sogenannte Leakage genannt worden seien. Nationale Emissionen könnten vielleicht ein Indikator für den Spielraum Deutschlands bei internationalen Verhandlungen sein. Damit könne aber nicht die tatsächliche Verbesserung der Lebensqualität und Entfaltungsmöglichkeiten der Menschen in Deutschland gemessen werden. Dies sei ein Bruch in der Indikatorenlogik, denn alle anderen Indikatoren sind ausdrücklich danach ausgewählt worden, dass sie unmittelbar mit der Lebensqualität und den Entfaltungsmöglichkeiten in Deutschland zusammenhängen würden. Als Begründung dafür würden die nationale Vorreiterrolle Deutschlands und die Messung für die Glaubwürdigkeit Deutschlands in internationalen Verhandlungen genannt. Dafür wären dann aber etwa pro Kopf-Werte viel hilfreicher als absolute Emissionen, die zum Beispiel auch durch einen Rückgang der Bevölkerung zustande kommen könnten.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) weist darauf hin, dass Prof. Bettzüge eine Debatte aufgegriffen habe, die in der Projektgruppe bereits intensiv geführt worden sei. Dabei sei festgestellt worden, dass beide beschriebenen

Herangehensweisen eine gewisse Logik in sich bergen würden. Die Mehrheit habe sich dann dafür entschieden, den Bereich, der national beeinflusst werden könne, als Leitindikator zu wählen und die globalen Werte, die natürlich Einfluss auf unsere Lebensqualität hätten, als Warnlampen hinzuzufügen.

SV Michael Müller hält es für wichtig, wenn der Bundestag möglichst einstimmig etwas zur weiteren Methode der Wohlstandsmessung beschließen könnte. Er kenne die Diskussionen schon seit Ende der 60er Jahre des letzten Jahrhunderts, die bisher aber leider immer versandet seien. Jetzt gebe es zum ersten Mal die Chance, dass der Bundestag mit einem hoffentlich einvernehmlichen Vorschlag konfrontiert werde, über den er entscheiden müsse. Dies wäre seiner Meinung nach ein großer Schritt nach vorn. Bei der Diskussion über Wohlstand und Lebensqualität sei das Wesentliche, dass die Zusammenhänge gesehen und begriffen sowie politisch bewertet würden. Bisher hätte die Konzentration auf das Bruttoinlandsprodukt zu einer Ökonomisierung von Debatten geführt. Nun stehe das Bruttoinlandsprodukt aber nicht mehr alleine und würde um Dimensionen wie Soziales und Ökologie ergänzt. Im Bereich der Ökologie könne er allerdings nicht nachvollziehen, dass die Ressourcenknappheit nicht als Indikator aufgenommen worden sei. Dies gelte insbesondere hinsichtlich der absehbaren Knappheit bei leichten Ölen und den damit verbundenen Folgen für die motorisierte Mobilität, die in einer Warnlampe hätte sichtbar werden sollen.

Abg. Stefanie Vogelsang (CDU/CSU) bemerkt zunächst zu dem vom Abg. Birkwald vorgestellten „Trio der Lebensqualität“, dass es dort ebenfalls drei Dimensionen gebe und darüber hinaus noch über 25 weitere Aspekte, die zusätzlich zu berücksichtigen seien. Dabei habe sich die Fraktion DIE LINKE. keine Mühe der weiteren Ausdifferenzierung gemacht. Im Gegensatz dazu sei der mehrheitlich beschlossene Vorschlag zum Indikatorensatz mit seinen Warnlampen sehr viel konkreter geworden. Hinsichtlich der Äußerung des Abg. Dr. Ott, der sich für eine subjektive Dimension als Indikator ausgesprochen habe, erläutert sie, dass darüber sowie über alle anderen in der heutigen Diskussion angesprochenen Punkte auch in der Projektgruppe sehr intensiv diskutiert worden sei. Eine solche subjektive Dimension sei in dem vorgelegten Indikatorensatz in Form einer Befragung im Ansatz des Weltbank-Indikators „Voice & Accountability“ zu Freiheit und Rechtsstaatlichkeit enthalten. Abschließend geht sie als Vorsitzende der Projektgruppe auf den Vorwurf ein, die Projektgruppe habe dem Ein-

setzungsbeschluss nicht entsprochen und ihr Ziel verfehlt. Dem sei definitiv nicht so. Laut dem Einsetzungsbeschluss sei der Auftrag gewesen, eine geeignete Grundlage zur Bewertung politischer Entscheidungen anhand ökonomischer, ökologischer und sozialer Kriterien zu schaffen. Dabei sollten folgende Aspekte berücksichtigt werden: der materielle Wohlstand, Zugang zu und Qualität von Arbeit, die gesellschaftliche Verteilung von Wohlstand, die soziale Inklusion und Kohäsion, die intakte Umwelt und Verfügbarkeit begrenzter natürlicher Ressourcen, Bildungschancen und Bildungsniveaus, Gesundheit und Lebenserwartung, die Qualität öffentlicher Daseinsversorgung, soziale Sicherung und politische Teilhabe sowie die subjektiv von den Menschen erfahrene Lebensqualität und die Zufriedenheit. Sie gehe davon aus, dass dementsprechend ein konzentrierter Vorschlag vorgelegt worden sei, der diesem Auftrag gerecht werde und auch die Berichterstattung in Deutschland verändern könne.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) dankt allen Mitgliedern der Projektgruppe, die eine nicht einfache, aber sehr wichtige Aufgabe zu bewältigen gehabt hätten. In der Politik hätten auch in der Vergangenheit Indikatoren immer eine große Rolle gespielt. Beispiele hierfür seien etwa die Arbeitslosenquote, das Bruttoinlandsprodukt, die Ergebnisse des Armuts- und Reichtumsberichts oder die CO₂-Emissionen. Es habe aber bisher stets eine Gesamtschau der wirtschaftlichen, materiellen, sozialen und ökonomischen Entwicklung gefehlt. Der große Gewinn der Arbeit der Projektgruppe sei der Vorschlag für genau eine solche Gesamtschau, die nicht nur zu einer besseren Qualität politischer Entscheidungen führen könne, sondern auch zu einer neuen Art von Rechenschaftslegung. Dies sei für die Stabilität und Entwicklung der Demokratie in Deutschland ein ganz wichtiger Punkt. Dabei sei eine Diskussion über die Anzahl der Indikatoren, so begründet dies im Einzelfall auch sein möge, insgesamt nicht so wichtig wie eine Gesamtschau an sich. SV Michael Müller habe zu Recht gesagt, dass Zusammenhänge diskutiert werden müssten. Wenn jetzt einige Kommissionsmitglieder argumentierten, dass das mehrheitlich vorgelegte Modell viele Menschen überfordern würde, warne sie davor, die Urteilsfähigkeit von Menschen derartig zu unterschätzen. Der Großteil der Bevölkerung sei sehr wohl in der Lage, zehn einzelne Informationen zu verarbeiten und die Zusammenhänge zu erkennen. Dies anzuzweifeln sei eine Geringschätzung, die sie persönlich richtig ärgere. Insgesamt hätte sie sich allerdings einen breiteren Konsens und einen gemeinsamen Vorschlag aller Mitglieder gewünscht.

SV Prof. Dr. Kai Carstensen stimmt mit der Abg. Frau Bulmahn und SV Michael Müller vollkommen überein, dass es wichtig sei, die Zusammenhänge sichtbar zu machen. Eine solche Gesamtschau sei aber nicht einfach, da Wohlstand und Lebensqualität immer auch einander widersprechende und einander widerstrebende Ziele umfassen würden. Deshalb müssten diese Zusammenhänge diskutiert werden, deren Ergebnis sein könnte, dass beispielsweise ein Zuwachs an materiellem Wohlstand zu einem Rückgang an ökologischem Wohlstand führen könne. Es sei dann Aufgabe der Politik, mit diesem Widerspruch umzugehen und für Lösungen zu sorgen. Wer wie sein Kollege Abg. Dr. Ott behaupte, dem Bruttoinlandsprodukt müsse endlich etwas entgegengesetzt werden, argumentiere nicht ganz redlich. Es sei schon lange bekannt, dass das Bruttoinlandsprodukt nicht alles messe. Deshalb ist es bei Wirtschaftswissenschaftlern sowie vielen unterschiedlichen Bereichen der Politikberatung üblich, die dem jeweiligen Untersuchungsziel angemessenen Indikatoren heranzuziehen. Der entscheidende Fortschritt des jetzt vorgelegten Kompromisses sei eine Institutionalisierung, auf der aufbauend die Politik einen Grund oder möglicherweise sogar einen Zwang habe, tätig zu werden. Es könne zwar immer kritisiert werden, dass beim vorgeschlagenen Indikatorensatz etwas fehle, und es gäbe sicherlich weitere Indikatoren, die ergänzt werden könnten. Schon jetzt gebe es einen Kompromiss zwischen dem Wunsch einer möglichst umfassenden Darstellung aller Facetten von Wohlstand und Lebensqualität und einer guten Kommunizierbarkeit. Außerdem sei natürlich in regelmäßigen Abständen eine Überprüfung des Indikatorensatzes notwendig. Wer mit einfachen Indikatorensätzen mit nur drei bis vier Indikatoren arbeiten wolle, unterschlage bestimmte Dimensionen von Wohlstand und Lebensqualität, die ihm oder ihr selbst sehr wichtig seien. Mit Bezug auf die Äußerungen des Abg. Birkwald stelle er sich folgende Nachricht in einer Sonderausgabe der Tagesschau vor: „Der LINKEN ist die Arbeitslosenrate als Wohlstandsindikator egal.“

SV Prof. Dr. Martin Jänicke bekundet seine Sympathie für einen Ansatz, der die Rechenlogik des Bruttoinlandsprodukts nicht völlig aufgebe, sondern sie umprogrammiere, Schäden und Verbräuche abziehe und im Bruttoinlandsprodukt nicht enthaltene Wertschöpfung etwa im Haushaltsbereich hinzufüge. Einen solchen Korrekturindikator zum Bruttoinlandsprodukt gebe es Form des nationalen Wohlfahrtsindex, der sicherlich auch seine Schwächen habe, vom Ansatz aber am besten geeignet wäre.

Den im mehrheitlich vorgeschlagenen Indikatorensetz zum Bereich Artenvielfalt genannten Vogelindex halte er nicht für genügend aussagekräftig. Er bittet deshalb um Prüfung, ob nicht stattdessen der in der Nachhaltigkeitsstrategie enthaltene sehr gute Biodiversitätsindikator aufgenommen werden könne. Außerdem halte er den vorgeschlagenen „Voice & Accountability“-Indikator im Bereich der Freiheit für nicht sehr überzeugend. Hier werde ein Sammelsurium von elf Instituten genannt, bei der die Gewichtung der entsprechenden Untersuchungen unklar sei. Er sei auch insgesamt zu komplex und zu erklärungsbedürftig.

SV Prof. Dr. Christoph Schmidt beginnt mit der Bemerkung, dass er es nicht nachvollziehen könne, wie man wie sein Vorredner SV Prof. Jänicke ein komplexes Konstrukt wie den nationalen Wohlfahrtsindex loben und gleichzeitig sagen könne, der „Voice & Accountability“-Index sei zu komplex. Seiner Ansicht nach zeige die Diskussion deutlich das intensive und konstruktive Ringen in der Projektgruppe, die Ziele der Ganzheitlichkeit und Kommunizierbarkeit in eine bestmögliche Balance zu bringen. Er hebt hervor, dass insbesondere mit der gedanklichen Unterteilung in Indikatoren und Warnlampen viel erreicht worden sei. Er bekräftigt die Aussage der Abg. Frau Bulmahn, dass sich die Politik schon jetzt nicht nur am Bruttoinlandsprodukt orientiere. Trotz der überhöhten Position des Bruttoinlandsprodukts in der öffentlichen Diskussion würden schon lange Indikatoren wie die Arbeitslosenquote oder die Verschuldung eine wichtige Rolle spielen. Ähnlich dem Armaturenbrett in einem neuen Auto sei der vorgeschlagene Indikatorensetz vielleicht zunächst gewöhnungsbedürftig. Doch werde man sich daran schnell gewöhnen können. Erschüttert sei er über die Aussage von Frau Abg. Wilms, dass lediglich eine einfache Kommunizierbarkeit eines Indikators nötig sei, und dann werde die Politik sagen, wo es lang gehe. Gleichzeitig sei klar, dass in der Politik Entscheidungen aufgrund von viel komplexeren Sachverhalten getroffen würden. Deshalb solle das Ziel Transparenz und nicht Verschleierung sein. Die Aussage des Abg. Birkwald, erfolgreiche Indikatoren seien häufig einfach, möge stimmen. Im Umkehrschluss gelte aber nicht automatisch die Kausalität, dass einfache Indikatoren automatisch erfolgreich seien. Er bedauere es, dass einige Kommissionsmitglieder wenig Vertrauen in die intellektuellen Fähigkeiten von Bürgerinnen und Bürgern sowie Journalistinnen und Journalisten setzen würden. Er könne nicht nachvollziehen, dass Menschen zwar verantwortungsvoll einen PKW lenken könnten, aber überfordert sein sollten, sobald

sie mehr als vier Informationen gleichzeitig zu verarbeiten hätten. Aus der bereits zitierten Befragung im Auftrag der Projektgruppe von Journalistinnen und Journalisten habe es zwei wichtige Botschaften gegeben: Zum einen sei ein zu komplexer Indikator nicht hilfreich, zum anderen müsse ein Indikatorenatz eine ganzheitliche Struktur besitzen und in sich durchdacht und stimmig sein. Im Gegensatz dazu sei beispielsweise der von Abg. Birkwald vorgestellte Vorschlag zum Bruttogehalt als Indikator kein durchdachter Vorschlag. So würde etwa bei einer stärkeren Freisetzung niedrig qualifizierter Arbeitnehmer und einer Verlagerung von deren Arbeitsplätzen ins Ausland das Bruttogehalt der Beschäftigten im Inland steigen, was aber trotzdem keine wünschenswerte Situation sei. Ähnlich kritisch bewerte er den Vorschlag des nationalen ökologischen Fußabdrucks als Indikator, da die Diskussion in der Projektgruppe sehr deutlich gezeigt habe, dass laut Ansicht der Fachwelt damit keine belastbaren Aussagen über die ökologische Nachhaltigkeit des Lebens und Wirtschaftens in Deutschland möglich seien. Wie der Kollege SV Prof. Bettzüge bereits erläutert habe, werde zumindest gleichwertig eine globale Sichtweise benötigt. Dann müsste den Menschen aber auch erklärt werden, dass die Welt komplexer sei und dass die Welt nicht allein durch einen Verzicht in Deutschland gerettet werden könne, sondern dass internationale Koalitionen geschmiedet werden müssten. Genau dies sei das Ergebnis der Arbeit der Projektgruppe 3. Zudem sei in der Projektgruppe klar gewesen, dass Nachhaltigkeit nicht nur ökologisch sei, sondern auch ökonomisch und sozial. Gerade deshalb sei ein Indikator zur übermäßigen Verschuldung des Staates sinnvoll. Abschließend führt er aus, dass er gerne Mitglied einer vielschichtigen Gesellschaft sei, in der sich Menschen mit verschiedensten Lebensentwürfen verwirklichen könnten. Deshalb sollte bei einem Indikatorenatz zur ganzheitlichen Erfassung des Wohlstands in unserer Gesellschaft den Menschen nicht die Gewichtung der einzelnen Facetten abgenommen werden, sondern sie so umfassend informiert werden, dass sie sich ihr eigenes Bild machen könnten. Das gebiete aus seiner Sicht der Respekt vor den Bürgerinnen und Bürgern.

SV Prof. Dr. Uwe Schneidewind befürchtet eher eine Enttäuschung in Deutschland und weltweit über den mehrheitlich vorgeschlagenen Indikatorenatz. Erste Pressemeldungen von heute würden darauf hinweisen, dass der Satz zu kompliziert sei. International werde mit großem Interesse auf diese Enquete-Kommission geschaut, wie Kollege SV Prof. Jänicke

bereits in der letzten Kommissionssitzung deutlich gemacht habe. Es gebe Länder in Asien, in Südamerika sowie amerikanische Bundesstaaten und deutsche Bundesländer, die den Mut hätten, mit sehr aggregierten Indikatoren zu arbeiten und klare Signale für Umorientierungen zu geben. Dagegen verliere sich die Enquete-Kommission in Fragen kurzfristiger technischer Verfügbarkeit von Indikatoren statt ein klares politisches Signal zu setzen. Kollege SV Prof. Bettzüge habe darauf hingewiesen, dass in der Projektgruppe 3 die große Bedeutung des Rockström-Rahmens herausgestellt worden sei und welche Rolle Deutschland in den globalen Kontexten spiele. Es gehe daher nicht darum, ob im Bereich der Ökologie es in Deutschland zwei oder drei Vogelarten mehr oder weniger gebe, sondern darum, dass wir mit der Produktion für unsere Lebensstile einen großen Umfang an Landfläche beanspruchen und damit global erheblich die Biodiversität und die Stickstoffkreisläufe beeinflussen würden. Dies liege nicht außerhalb der Beeinflussung Deutschlands. Leider sei aber die Grundlogik der Projektgruppe 3 bei der Umsetzung über ökologische Indikatoren nicht verstanden worden.

SV Prof. Dr. André Habisch räumt ein, dass auch er natürlich nicht vollständig mit allem zufrieden sei, was hier als Mehrheitsvorschlag vorgelegt worden sei. So hätte er sich beispielsweise einen Indikator für soziale Integration gewünscht. Außerdem teile er den gewichtigen Einwand des Kollegen SV Prof. Bettzüge hinsichtlich des Bruchs zum Schlüsselergebnis aus der Projektgruppe 3, dass einige Problematiken im Umweltbereich global anzugehen seien und nun leider doch wieder die nationalen Zahlen im Vordergrund stünden. Dennoch sollte festgehalten werden, dass es gelungen sei, dass etwa zwei Drittel der Projektgruppe hinter einem solchen Instrumentarium stünden. Ein wichtiger Vorteil des Bruttoinlandsprodukts läge darin, dass es eine klare Berechnungsgrundlage und damit eine große Überzeugungskraft habe. Im vorgeschlagenen Indikatorensatz würden Parameter festgelegt, die vielleicht nicht die soziale Wirklichkeit in ihrer Breite abbilden würden, aber im Einzelnen doch recht klar zu bestimmen seien. Dies würde den Indikatorensatz als Instrument leistungsfähig machen. Er würde bedauern, wenn sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit der Begründung verweigern würden, dass einzelne Aspekte fehlen würden. Er denke, es gehe vielmehr darum, einen Prozess anzustoßen und dabei die Komplexität in ihren Zusammenhängen zu begreifen. Deshalb bittet er die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN um Prüfung, ob sie den vorgelegten Vorschlag nicht doch unterstützen könnten.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) möchte als Mitglied der Projektgruppe 2 zum Ausdruck bringen, dass sie sich natürlich auch einiges anders vorgestellt habe und sich bemüht hätte, dies einzubringen. Gleichwohl sei sie sehr zufrieden mit dem jetzt erreichten Kompromiss. Es werde jetzt leider so diskutiert, als ob die eine oder andere Dimension richtig oder falsch sei. Dies sei aber nicht zutreffend. Es gebe viele Indikatoren, und innerhalb der Europäischen Union werde sogar über 200 bis 300 Indikatoren zum Thema der Messung von Lebensqualität diskutiert. Vor diesem Hintergrund müsse die Mehrheitsentscheidung der Projektgruppe 2 gesehen werden, sich auf zehn Indikatoren zu beschränken. Andererseits könne aber auch eine Beschränkung auf noch weniger Indikatoren zu einer zu geringen Komplexität führen. Es sei erreicht worden, dass alle Seiten versuchen würden, die Komplexität der Welt in Indikatoren darzustellen. Sie glaube, dass im 21. Jahrhundert die Darstellung von Zielkonflikten und die entsprechende Auseinandersetzung damit die Hauptherausforderung für Politikerinnen und Politiker sowie die Öffentlichkeit seien. Sie habe großen Respekt vor allen gemachten Diskussionsbeiträgen und Ergänzungswünschen. Gleichzeitig bitte sie aber um Prüfung, falls die Änderungsanträge einzelner Oppositionsfractionen keine Mehrheit finden würden, ob nicht doch bei näherer Betrachtung eine Zustimmung für den mehrheitlich gefundenen Kompromiss ermöglicht werden könnte, was auch ein wichtiges Signal für die Medien wäre.

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué erinnert noch einmal an die schwierige Aufgabe, einen sehr komplexen Sachverhalt auf eine handhabbare Dimension zu bringen, die dann auch noch kommunikationsfähig sei. Herr Abg. Birkwald habe insbesondere dargestellt, zu welchem negativen Urteil der mehrheitlich vorgeschlagene Indikatorensatz führen könnte. Damit habe er aber seines Erachtens die Komplexität des Problems nicht angemessen berücksichtigt. Eine gute Kommunikationsfähigkeit dürfe nicht das einzige entscheidende Kriterium sein. Es gehe vielmehr darum, sich auf dem Boden der wissenschaftlichen Seriosität zu bewegen und der Komplexität der politischen Bewertung unterschiedliche Ziele der Gesellschaft adäquat Rechnung zu tragen. Insofern sei der gemachte Vorschlag nicht zu komplex. Im Übrigen werde in ihm vorliegenden heutigen Zeitungsberichten durchaus absolut vernünftig über dieses Thema berichtet und er habe nicht den Eindruck, dass die Journalistinnen und Journalisten damit überfordert seien. Der Vorschlag würde mit seiner

Struktur ein Gerüst für ein sinnvolles Spektrum von Indikatoren abdecken und nicht den Fehler machen, einzelne Fragestellungen wie zum Beispiel die Nachhaltigkeit auf einzelne Dimensionen zu reduzieren. Abschließend bittet er die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. zu prüfen, ob sie diesem Vorschlag nicht doch zustimmen könnten, da darin wesentliche Punkte abgebildet seien, die ihnen sehr wichtig seien.

SV PD Dr. Norbert Reuter weist darauf hin, dass Ausgangspunkt der Arbeit der Versuch gewesen sei, dem Bruttoinlandsprodukt etwas entgegenzusetzen. Er stimme nicht den Aussagen seines Kollegen SV Prof. Carstensen zu, dass die Politik immer schon auch andere Indikatoren zu Rate ziehen würde. So würde beispielsweise ein Blick in den letzten Jahreswirtschaftsbericht sehr deutlich machen, dass das Bruttoinlandsprodukt nach wie vor das dominierende Maß für Wirtschaftspolitik sei. Dem etwas entgegenzusetzen sei nur möglich mit einem ähnlichen Aggregat mit einer ähnlichen Kommunizierbarkeit. Aufgabe der Enquete-Kommission sei es, Orientierung zu bieten. Dies sei aber nicht mit einer großen Anzahl von Indikatoren möglich, sondern erfordere eine Zusammenfassung in wenige, wesentliche Indikatoren. Dies hätten die Fraktionen DIE LINKE. und auch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in ihren vorgelegten Änderungsanträgen versucht. In diesem Zusammenhang sei die darin geäußerte Kritik der vielen zusätzlichen Aspekte nicht zutreffend, da diese Aspekte bereits alle mit dem jeweiligen Indikator abgedeckt würden. Er fürchte, dass das gemeinsame Ziel, das Bruttoinlandsprodukt als Wohlstandsmaß und als Maß für die Politik abzulösen, mit dem von der Mehrheit vorgeschlagenen Indikatorensatz nicht erreicht werde und damit bei Journalistinnen und Journalisten weiterhin das Bruttoinlandsprodukt dominieren werde. Außerdem widerspreche er die Aussagen seines Kollegen SV Prof. Schmidt zur Bedeutung der Verschuldung als Indikator, solange nicht gleichermaßen auch das Vermögen mit berücksichtigt werde.

SV Dietmar Hexel widerspricht seinem Kollegen SV Prof. Bettzüge hinsichtlich der Aussagen zur Verwendung der nationalen statt der internationalen Werte, da er hier eine Umdeutung der Ergebnisse der Projektgruppe 3 sehe. Dort sei nicht gesagt worden, es müsse alles in einem internationalen Rahmen betrachtet werden. Es habe vielmehr einen Streit darüber gegeben, wie Deutschland seine eigene Verantwortung wahrnehmen und was national gemacht werden könne, was eben nicht nur unter dem Aspekt der nationalen Vorreiterrolle und der internationalen Wechselwirkungen gesehen werden dürfe, obwohl dies natürlich auch zu

bedenken sei. Hinsichtlich einer angesprochenen vermeintlich schwierigen Kommunizierbarkeit des mehrheitlich vorgeschlagenen Indikatoren-satzes gibt er zu bedenken, dass es beispielsweise auch bei der Bewertung von Unternehmen nicht nur eine Kennzahl gebe. Stattdessen habe sich vielmehr durchgesetzt, dass es auch dort einen Satz von Kriterien gebe wie zum Beispiel bei der Definition, was Gewinn sei. Leider fehle ihm im Abschlussbericht das gesamte Thema der Arbeitsqualität. Außerdem habe er zwar verstanden, dass für den Indikator der Einkommensverteilung die 80/20-Relation aufgrund ihrer internationalen Verfügbarkeit genommen worden sei. Er frage sich dann aber, warum bei der deutschen Einkommensverteilung nicht die zusätzliche und seiner Meinung nach wesentliche Information enthalten sei, dass in Deutschland zehn Prozent der Haushalte über zwei Drittel des gesamten Nettovermögens verfügen würden.

Abg. Matthias W. Birkwald (DIE LINKE.) zitiert aus dem Einsetzungsbeschluss der Enquete-Kommission, dass sie prüfen solle, wie die Einflussfaktoren von Lebensqualität und gesellschaftlichem Fortschritt angemessen berücksichtigt und zu einem gemeinsamen Indikator zusammengeführt werden können. Weiterhin heißt es, die Enquete-Kommission solle nach Möglichkeit einen neuen Indikator entwickeln, der nicht auf objektive Messbarkeit und Vergleichbarkeit verzichte und das Bruttoinlandsprodukt ergänze. Es habe Einigkeit bestanden, dass dies nicht mit einem einzelnen Indikator zu erreichen sei und man wenigstens drei brauche. Er stimme der Abg. Frau Vogelsang als Projektgruppenvorsitzende zu, dass es nicht um richtig und falsch gehe, sondern um gut und besser. Für eine tiefere Komplexität gebe es etablierte und aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. auch weiterzuentwickelnde Berichtssysteme. Aufgabe der Projektgruppe sei aber nicht eine solche Weiterentwicklung gewesen, sondern einen Beitrag zur Wohlstandsmessung zu leisten. Deswegen sei im vorgelegten Vorschlag des „Trios der Lebensqualität“ die Komplexität so weit wie notwendig reduziert, aber nicht über Gebühr. Es sei der Seriosität geschuldet, dass dabei natürlich auch die zusätzlichen Aspekte, die mit dem Indikator gemessen würden, benannt worden seien. Selbstverständlich wäre der Fraktion DIE LINKE. das inflationsbereinigte Median-Einkommen noch lieber als erster Indikator gewesen. Leider musste aber festgestellt werden, dass es dafür international die entsprechenden Datenreihen nicht gebe, weshalb stattdessen das Bruttogehalt ausgewählt worden sei.

Abg. Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zeigt sich verwundert, dass ausgerechnet die drei in dieser Runde größten Unterstützer des Bruttoinlandsprodukts, das heißt die SV Prof. Carstensen, Prof. Paqué und Prof. Schmidt, versichern würden, dass dieses Bruttoinlandsprodukt schon sehr relativiert sei. Die Anschauung der Realität zeige, dass dies eben nicht der Fall sei bzw. mit dem einzigen anderen oft genannten Wert der Arbeitslosenquote erneut ein Wirtschaftsindikator im Vordergrund stehen würde. Mit dem vorliegenden Mehrheitsvorschlag werde der erteilte Auftrag der Projektgruppe missachtet, da die große Indikatorenvielfalt weder vermittelbar sei noch es sich um einen echten Wohlstandsindikatorensatz handeln würde. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe sich um Verständigung bemüht. Da dies nicht möglich gewesen sei, hätte sie einen Kompass entwickelt, der den Menschen zeigen solle, ob die Gesellschaft auf dem richtigen Weg sei.

Abg. Stefanie Vogelsang (CDU/CSU) führt zur Geschäftsordnung hinsichtlich der soeben gemachten Aussagen des Abg. Dr. Ott an, dass diese nicht zuträfen. Als Vorsitzende der Projektgruppe 2 weise sie darauf hin, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Beratungen der Projektgruppe keinen alternativen Vorschlag eingebracht hätten.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) ruft die Abstimmungen über den Abschlussbericht der Projektgruppe und die vorliegenden Änderungsanträge auf und beginnt gemäß dem eingangs beschlossenen Verfahren zunächst mit einer Abstimmung über Kapitel 3 und 4. Sie lässt zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. auf Kommissionsdrucksache 17(26)88 zum Kapitel 3 abstimmen, der das vorliegende Kapitel 3 des Abschlussberichts ersetzen solle.

Der Änderungsantrag wird mehrheitlich bei drei Gegenstimmen und vier Enthaltungen abgelehnt.

Sodann ruft sie den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Kommissionsdrucksache 17(26)89 auf, der ebenfalls das Kapitel 3 des Abschlussberichts der Projektgruppe ersetzen solle.

Der Änderungsantrag wird mehrheitlich bei sieben Gegenstimmen und sechs Enthaltungen abgelehnt.

Diese beiden Anträge werden ebenso wie das Votum von SV Prof. Miegel als Sondervoten in den Abschlussbericht aufgenommen.

Anschließend ruft sie das Kapitel 3 des Abschlussberichts auf und führt die Abstimmung durch.

Das Kapitel 3 wird mehrheitlich bei sechs Gegenstimmen und einer Enthaltung beschlossen.

Sodann ruft sie Kapitel 4 auf, bei dem es um die institutionelle Implementierung und Präsentation des Indikatorensatzes gehe, und lässt darüber abstimmen.

Das Kapitel 4 wird mehrheitlich bei drei Gegenstimmen und fünf Enthaltungen angenommen.

Sodann ruft sie die Abstimmung über den gesamten Abschlussbericht auf.

Der Abschlussbericht wird mehrheitlich bei sechs Gegenstimmen und zwei Enthaltungen angenommen.

Die Kommission ermächtigt das Sekretariat, redaktionelle Anpassungen und Aktualisierungen bis zur Vorlage der endgültigen Berichtsfassung vornehmen zu dürfen.

Tagesordnungspunkt 2

Berichte aus den Projektgruppen

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) schlägt vor, dass die Berichte aus den Projektgruppen auf die nächste Kommissionssitzung vertagt werden. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

Tagesordnungspunkt 3

Verschiedenes

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) ruft den Tagesordnungspunkt 3 auf. Wie bereits bei der zu TOP 1 geführten Diskussion erwähnt, schlägt die Projektgruppe 2 vor, einen Auftrag für Vorschläge zur graphischen Aufbereitung (Visualisierung) und Namensgebung des von der Projektgruppe zu entwickelnden Indikatorensatzes gemäß der Kommissionsdrucksache 17(26)90 neu in Auftrag zu geben. Anschließend lässt sie darüber abstimmen.

Der Vorschlag der Projektgruppe 2 für die Ausschreibung des entsprechenden Auftrages wird einstimmig beschlossen.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gebe, schließt sie die Sitzung um 15.41 Uhr.

Schluss der Sitzung: 15.41 Uhr

Hae/Gä/Wa/Up



Daniela Kolbe, MdB
Vorsitzende